

Mayert, Andreas

Politische Erwachsenenbildung und identitätspolitische Herausforderungen

Forum Erwachsenenbildung 56 (2023) 3, S. 28-32



Quellenangabe/ Reference:

Mayert, Andreas: Politische Erwachsenenbildung und identitätspolitische Herausforderungen - In: Forum Erwachsenenbildung 56 (2023) 3, S. 28-32 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-364235 - DOI: 10.25656/01:36423

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-364235>

<https://doi.org/10.25656/01:36423>

in Kooperation mit / in cooperation with:



WAXMANN
www.waxmann.com

<http://www.waxmann.com>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

» Politische Erwachsenenbildung und identitätspolitische Herausforderungen



Dr. Andreas Mayert

Sozialwissenschaftliches Institut
der EKD, Wissenschaftlicher
Referent für Wirtschafts- und
Sozialpolitik

andreas.mayert@si-ekd.de

I. Politische Erwachsenenbildung und soziokultureller Wandel

In den letzten zehn Jahren lässt sich vor allem in akademischen Diskursen eine deutlich sensiblere Aufmerksamkeit für die gesamte Bandbreite

gesellschaftlicher Pluralität und Diversität und die damit zusammenhängenden Ungleichheitserfahrungen feststellen. „Sensiblere Aufmerksamkeit“ meint in diesem Zusammenhang nicht, dass es dabei um eine feinfühligke Anteilnahme an psychologischen Empfindlichkeiten der Angehörigen verschiedener gesellschaftlicher Minoritäten oder gar Majoritäten geht. Gemeint ist vielmehr eine gesteigerte Aufmerksamkeit für zuvor weitgehend unterhalb der öffentlichen Wahrnehmungsschwelle operierende gesellschaftliche Ein- und Ausschlussmechanismen, die objektiv gleichberechtigte Teilhabeansprüche verschiedener Gesellschaftsmitglieder erhöhen oder verringern. Ein zeitnahe Nachdenken über die Inhalte und fachdidaktische Ausgestaltung darauf ausgerichteter Angebote der politischen Erwachsenenbildung ist vor diesem Hintergrund zwingend erforderlich.

An dieser für manche politische Erwachsenenbildner:innen vielleicht unbequemen Tatsache ändert auch der Umstand nichts, dass es bislang noch nicht zu einer breitenwirksamen Bewusstwerdung der hauptsächlich in Fachdiskursen verhandelten veränderten Wahrnehmung systematischer Privilegierungen und Benachteiligungen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen gekommen ist. Und dass von politischen Bilder:innen zunehmend verlangt oder zumindest implizit erwartet wird, ihr Handeln weniger kreativ, sondern – wie es im bundespolitischen Konzept der „wehrhaften Demokratie“ angelegt ist – präventiv zu verstehen, ist eine Anforderung, die bestenfalls allein in der schulischen Bildung beachtet werden sollte. Denn der mit dem emanzipatorischen Grundprinzip der politischen Erwachsenenbildung verbundene Auftrag, nicht als bloße Gesinnungspolizei gesellschaftliche Fehlentwicklungen zu verhindern, sondern hauptsächlich und zeitnah gesellschaftliche Veränderungsprozesse aufzugreifen, die für die politische Urteilsbildung

und Handlungsfähigkeit der Lernenden in Zeiten eines tiefgreifenden soziokulturellen Wandels unabdingbar sind, würde sonst untergraben werden. Und in solchen Zeiten befinden wir uns.

II. Ambivalenzen der aktuellen Repolitisierung

Noch bis vor wenigen Jahren bestand die große Herausforderung der politischen Erwachsenenbildung darin, mit der allseits bedauerten politischen Apathie eines großen Teils der Bevölkerung klarzukommen beziehungsweise dabei zu helfen, diese zu beenden. Die seinerzeit in Anschluss an Colin Crouch¹ und Chantal Mouffe² vertretene These der Postdemokratie baute nicht zuletzt auf der Annahme auf, dass die allgemeine Affirmation des politischen Status quo in reichen westlichen Volkswirtschaften zu einer zunehmenden Ignoranz der Bevölkerung gegenüber gesellschaftlichen Verteilungsfragen geführt habe und auch denkbare soziokulturelle Veränderungen auf kein großes Interesse der Bevölkerung gestoßen seien.

Die Gesellschaft, die hier beschrieben wurde, schien in gewisser Weise in einen Zustand der Stasis eingetreten zu sein. Eingekullt von allgemeinen Wohlstandsversprechen, sei – so die damalige Gegenwartsdiagnose – eine Gesellschaftsformation entstanden, die man nicht mehr durch sanften Zwang beherrschen müsse, sondern deren kollektives Bewusstsein sich im Einklang mit den Argumentationen und Maßnahmen der Regierung befinde. Die Beherrschten hätten die scheinbare Alternativlosigkeit politischer Entscheidungen verinnerlicht und ihre demokratischen Rechte zunehmend auf die Teilnahme an Wahlen reduziert – wenn überhaupt. So fänden zwar noch demokratische Wahlen statt, aber diese seien mehr oder weniger symbolische Rituale, da es ohnehin wenige Angebote der Parteienlandschaft gebe, deren Befürwortung oder Ablehnung einen wesentlichen Unterschied machen könnten.

Ob an dieser Gesellschaftsdiagnose in der vorgetragenen Schärfe tatsächlich etwas dran war, sei einmal dahingestellt. Ein reibungsloses Regierungshandeln hat auch seine Vorteile, wie wir nach dem Chaos der Trump-Administration oder der Kernschmelze der britischen Regierung infolge des Brexits feststellen durften. Doch waren auch in Deutschland in den letzten Jahren schärfere politische Konflikte zu beobachten, die eine Beendigung der beklagten Apathie anzeigten. Allerdings fanden

¹ Crouch, C. (2008): Postdemokratie. Berlin.

² Mouffe, C. (2010): Das demokratische Paradox. Wien/Berlin.



die durch Fluchtmigration und die Corona-Politik verursachten Auseinandersetzungen hauptsächlich zwischen einer großen Bevölkerungsmehrheit und kleinen – wenn auch ebenso lautstarken wie weltfremden – Minderheiten statt, die eine echte Diskussion gar nicht erst anstreben. Dieses Phänomen einer im Grundsatz ja erwünschten Repolitisierung der Bevölkerung ohne wirklich ernstzunehmende repolitisierte Gegner der Regierungspolitik musste auch in der politischen Erwachsenenbildung verarbeitet werden.

Darauf war sie glücklicherweise gut vorbereitet. Im Rahmen der fachlichen Professionalisierung hatte sie sich in den letzten Jahrzehnten praktisch nicht nur weitgehend dem eigentlich auf die schulische politische Bildung zugeschnittenen Beutelsbacher Konsens angeschlossen, sie hatte das darin geforderte Kontroversitätsgebot – wonach politisch kontroverse Sachverhalte in politischen Bildungsveranstaltungen auch in der Bandbreite der vertretbaren unterschiedlichen Auffassungen diskutiert werden sollten – im Regelfall richtigerweise so ausgelegt, dass solche Ansichten, die nicht wirklich kontrovers sind, weil sie wissenschaftlich in keiner Weise haltbar sind und/oder offen menschenfeindliche Positionen propagieren, außerhalb der Grenzen dessen liegen, was legitime (also vertretbare) und daher im Rahmen des Kontroversitätsgebots zu berücksichtigende von illegitimen politischen Positionen trennt. Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, die Leugnung des durch menschliches Wirtschaften verursachten Klimawandels und sexistische

Positionen haben daher in der politischen Erwachsenenbildung grundsätzlich keinen Platz. Der Schriftsteller Maxim Biller hat diese Positionierung einst, wenn auch in anderem Zusammenhang, auf einen immer noch zutreffenden Satz reduziert: „Mit dem dummen August diskutiert man nicht.“³

Inbegriffen in diesen expliziten Ausschluss nur scheinbar kontroverser politischer Standpunkte waren und sind Verschwörungstheorien, betenköpfige Pseudoideologien, von interessierten Lobbyverbänden forcierte wissenschaftliche Irrungen und Wirrungen, Esoterik sowie das Geheul Ewiggestriger, die um ihre Privilegien bangen. Mit Angehörigen dieser Gruppen ist ein echter politischer Diskurs schon deshalb nicht möglich, weil eine Diskussion mit Menschen, die in einer durch keine wissenschaftlich oder sonstige Evidenz gedeckten Alternativrealität leben und entsprechend nur Nonsense formulieren, nicht möglich ist. Der Autor dieser Zeilen hat, was er bis heute bereut, an einer sicherlich gut gemeinten Diskussion mit – so schien es jedenfalls zunächst – relativ moderaten Querdenker:innen über die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie teilgenommen und musste, auch wenn es sich nur um anekdotische Evidenz handelt, mit Bedauern feststellen, dass man mit niemandem eine gehaltvolles politisches Streitgespräch führen kann, der oder die den Bilderbergern, der Europäischen Zentralbank, „Big Pharma“, George Soros, Bill Gates und anderen erfundenen oder bis zur Unkenntlichkeit verzerrten Individuen, Gruppen und Institutionen die Schuld an der „Corona-

³ Biller, M. (1991): Die Tempojahre. München, S. 103.

Plandemie“ oder ähnlich gelagerten Wahnvorstellungen gibt.

III. Streitverweigerungskonditionierung und Diskursverweigerung

Ein ganz erheblicher Nachteil des jahrelangen Erduldens dieser Diskursverunmöglichung ist allerdings, dass die damit verbundenen Erfahrungen offenbar zu einer Art Streitverweigerungskonditionierung geführt haben, die auf politisch tatsächlich kontroverse Gebiete ausstrahlt. Das gilt beispielsweise für eine fundamental wichtige, aber kaum stattfindende politische Auseinandersetzung mit den Motiven und Zielen – nicht mit den Aktionen – von Klimaaktivist:innen wie der „Letzten Generation“ oder „Ende Gelände“.

Allzu schnell wird in diesem Kontext jegliche Diskussion auf die gleiche Weise beendet, wie man es bei der Auseinandersetzung mit den zweifellos nicht diskurswürdigen Ansichten von Querdenker:innen und anderen mit der Realität fremdelnden Gruppen gelernt hat: durch den Hinweis, der beziehungsweise die Gegner:in oder die gegnerische Gruppe stelle Forderungen auf, die so weit vom gesellschaftlichen Konsens entfernt seien, dass sie nicht als legitime politische Positionen gelten könnten.⁴ Ähnliches gilt leider auch für die Debattenkultur rund um die verschiedenen inhaltlichen Facetten der sogenannten Identitätspolitik. Identitätspolitik und sogenannte „woke“ Einstellungen werden gesellschaftlich nicht nur marginalisiert, sie scheinen von nicht wenigen auch für prinzipiell verhandlungsunwürdig gehalten zu werden. Das gilt leider auch für manche politische Bildner:innen.

Das ist insbesondere deshalb tragisch, weil auf diese Weise absolut notwendige politische Kontroversen von Vertreter:innen einer Zunft vermieden werden, für die Diskursverweigerung außerhalb der geschilderten Ausnahmefälle ein berufliches Tabu sein sollte. Ein Beispiel dafür ist der renommierte politische Bildner Wolfgang Sander. Sander ist, etwas anderes soll hier nicht insinuiert werden, mit großer Sicherheit kein bewusster Rassist, Antisemit oder Sexist. Seine im Folgenden kritisch beleuchtete argumentative Auseinandersetzung mit der Frage, ob identitätspolitische Inhalte im Rahmen des Kontroversitätsgebots Teil der politischen Bildung sein sollten, ist vermutlich in bester Absicht formuliert worden. Und dennoch liegen seine Äußerungen leider komplett daneben.

IV. Diskriminierung erster und zweiter Klasse im Namen des Kontroversitätsgebots?

2009 formulierte Sander in Bezug auf das Kontroversitätsgebot: „Hier genau liegt die Grenze der Multiperspektivität: in der Forderung, nur solche kulturellen Positionen als legitim in Bildungsangeboten zu repräsentieren, die ihrerseits bereit sind,

andere als die eigene als legitim anzuerkennen“.⁵ Besser kann man es in einem Satz nicht formulieren.

Aber in einem 2021 erschienenen Essay „Identität statt Diskurs?“ wich er grundlegend von dieser zuvor klar zum Ausdruck gebrachten Anforderung ab. Hier beschäftigt er sich explizit mit einigen identitätspolitischen Positionen (einige Sachverhalte lässt er wohl nicht ohne Grund aus). Er bezieht sich dabei direkt auf den Beutelsbacher Konsens und wiederholt zunächst Dinge, die unumstritten nicht Bestandteil einer als kontrovers geltender politischen Bildung sein sollten: „Gleichwohl sind mit den Begriffen Rechtsextremismus, Linksextremismus, Islamismus sowie Antisemitismus und Rassismus aus heutiger Sicht jene Syndrome politischer Einstellungen und Praxen benannt, die in der politischen Bildung nicht in gleicher Weise wie andere politische Positionen in kontroverse und ergebnisoffene Diskurse eingebracht werden können [...]“.⁶ Offenbar gilt diese Selbstverständlichkeit aber nur, wenn es um menschenfeindliche Positionen geht, deren Ablehnung schon seit Jahrzehnten quasi Staatsraison ist.

Denn ganz anders sieht es aus, wenn sich Sander mit den Ungleichheitserfahrungen anderer Gruppen und den damit in Zusammenhang stehenden identitätspolitischen Forderungen beschäftigt. Diesbezüglich konstatiert Sander: „Vor allem geht es um Gruppen und Minderheiten, die durch Geschlecht, sexuelle Orientierung, ethnische Herkunft und Religion verbunden sind, wobei bei Religion in diesem Zusammenhang praktisch ausschließlich der Islam gemeint ist. Identitätspolitik unterstellt diesen Gruppen nicht nur gemeinsame Interessen, sondern eine durch das jeweils in Rede stehende Merkmal geprägte gemeinsame Weltsicht, eben eine kollektive Identität. Für diese Identität wird Geltung beansprucht in dem Sinn, dass deren Authentizität und die damit begründeten Ansprüche von anderen nicht in Frage gestellt werden dürfen.“

Was hier unterstellt wird, ist in gleich mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. So ist es wohl schwerlich möglich, sich grundverschiedenere gesellschaftliche Gruppen vorzustellen, die, so Sander, eine Art Syndikat der Benachteiligten bilden. Vielmehr noch, werden ohne einen Anflug von Differenzierung nicht nur die ausgesprochen disparaten und moralisch in keiner Weise vergleichbar zu beurteilenden Gruppeninteressen von Islamist:innen und zum Beispiel Menschen mit einer offenbar nicht heteronormen „sexuellen Orientierung“ auf eine Stufe gestellt, es wird zugleich kritisiert, sie hätten, was ihre Ansprüche anbelangt, eine gemeinsame Weltsicht. Wäre es nicht so anstößig, könnte man herzhaft darüber lachen, die gnadenlose Weltsicht und die Mittel ihrer Durchsetzung von Islamist:innen mit der Weltsicht und den politischen Aktivitäten von, sagen wir mal, dem Lesben-

⁴ Selbstredend wird viel über Klimapolitik geredet. Radikalere Konzepte als die vielbeschworene Energiewende werden dabei allerdings in der Regel politisch nicht in Erwägung gezogen.

⁵ Sander, W. (2009): Bildung und Perspektivität. Kontroversität und Indoktrinationsverbot als Grundsätze von Bildung und Wissenschaft, in: Erwägen, Wissen, Ethik, Nr. 20, S. 247.

⁶ Sander, W. (2021): Identität statt Diskurs? Diskursivität in der politischen Bildung und ihre Gefährdungen, in: Pädagogische Rundschau, Nr. 2, S. 297.



und Schwulenverband in Deutschland in einen Topf zu werfen.

Nun könnte man zur Verteidigung dieser Ausführung einwenden, sie seien vielleicht nur missverständlich formuliert. Wie rückwärtsgewandt Sanders Argumentation aber tatsächlich sind, wird deutlich, wenn er sich dem Thema Rassismuskritik zuwendet: „Die identitätspolitische Rassismuskritik versieht bestimmte Szenen dieser Art mit einer hoch moralischen Aufladung, die keinen Platz mehr lässt für die alltägliche Fehlbarkeit des Menschen [...]. Wer etwas sagt oder tut, was man als rassistisch verstehen kann, ist in dieser Lesart automatisch Teil eines rassistischen Unterdrückungssystems. Im Zweifel auch, ohne davon etwas zu wissen.“⁷

Ungewollt trifft Sander hier genau das, worum es bei identitätspolitischer Rassismuskritik tatsächlich geht, nämlich nicht um eine schräge Weltsicht, sondern um die Anprangerung alltäglicher Diskriminierung, die von Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft noch nicht einmal bemerkt wird. Nicht tumbe Neonazis, die ihren Rassismus offen vor sich hertragen, sind hier das Thema, sondern der Alltagsrassismus derjenigen, die völlig unbewusst die Angehörigen verschiedener Minderheiten beleidigen, abqualifizieren und ungleich behandeln – indem beispielsweise in Deutschland geborene People of Color gefragt werden, aus welchem Land sie denn nun wirklich stammen und wie es kommt, dass sie so gut Deutsch sprechen, oder wenn Sinti:zze und Roma:nja offen erkennbar unter besonderer Beobachtung stehen, sobald sie ein Ladenlokal betreten. Und es geht in diesem Zusammenhang nicht bloß um unbewussten Rassismus, sondern auch um „im

Zweifel nicht wissentliche“ Homophobie, Transphobie sowie um Sexismus, Ableismus und Klassismus. All diese Diskriminierungsformen liegen häufig unterhalb der Wahrnehmungsschwelle vieler Bürger:innen und prägen unsere Gesellschaft, wie Studienergebnisse seit Jahren nachweisen.⁸ Die unbewusste Beteiligung daran hat sicherlich den Vorteil, dass sie nicht einmal zu Schuldgefühlen führt, wie Sander eindrücklich nachweist. Aber für diejenigen, die diskriminiert werden, ist der nonchalante Umgang mit abwertendem Verhalten vermutlich ebenso schmerzhaft wie die Diskriminierung selbst. Oder übertreibe ich hier maßlos?

Dazu ein Gedankenexperiment: Man stelle sich einmal beispielhaft vor, Sander hätte alltäglichen Antisemitismus als Folge einer im Grunde harmlosen „alltäglichen Fehlbarkeit des Menschen“ entschuldigt. Sie haben recht, wenn sie jetzt denken, dass man sich das eigentlich nicht vorstellen kann. Was aber soll unschuldiger an der Diskriminierung sein, auf die Sander sich bezieht?

V. Kontroversität und Konflikt als Grundvoraussetzungen zivilisatorischen Fortschritts

Möglicherweise liegt die Erklärung für Sanders Gedankengänge in einer unterkomplexen Auslegung des Kontroversitätsgebots, in dessen Kontext er argumentiert. An die wissenschaftliche Forschung angelehnt, könnte er von der Fehlinterpretation ausgehen, dass Dinge zunächst einmal gesellschaftlich kontrovers sind, bis sich im Laufe der Zeit ein Konsens herausbildet, der manche Positionen unhaltbar werden lässt.

⁷ Ebd., S. 303. Das Zitat im Zitat ist entnommen aus Giese, C. (2020): Warum und wie ich auch als Weißer über Rassismus rede, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 42–44, S. 9.

⁸ Vgl. z. B. Zick, A./Küpper, B. (Hrsg.) (2021): Die geforderte Mitte Rechts-extreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn.

Gesellschaftspolitisch ist es jedoch zumeist so, dass zunächst ein über viele Jahre unhinterfragter gesellschaftlicher Konsens existiert, der erst in Folge soziokultureller Veränderungen kontrovers wird, bevor sich dann nach Jahren des politischen Streits möglicherweise ein neuer Konsens herausbildet. Um ein paar Beispiele zu nennen: Noch bis Mitte des letzten Jahrhunderts wurde biologischer Rassismus kaum infrage gestellt, von biologisch begründetem Antisemitismus ganz zu schweigen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde Eugenik nicht als moralische Abartigkeit gesellschaftlich geächtet. Das gilt nicht nur für die deutschen Verbrechen an Menschen mit Behinderung. Im 20. Jahrhundert wurden beispielsweise im Namen der Eugenik 60.000 Amerikaner:innen zwangssterilisiert.⁹ Bis 1958 durften in Deutschland Ehemänner das Arbeitsverhältnis ihrer Partnerinnen ohne deren Zustimmung fristlos kündigen und noch bis 1977 musste der Ehemann schriftlich zustimmen, wenn seine Frau ein Arbeitsverhältnis aufnehmen wollte.¹⁰ Erst seit 1973 werden homosexuelle Handlungen zwischen erwachsenen Männern nicht mehr strafrechtlich verfolgt.¹¹ Und noch bis 1997 galt Vergewaltigung in der Ehe nicht als Straftat.¹²

Diese heute mittelalterlich anmutenden Ansichten und Gesetze waren nur möglich, weil es offenbar eine unausgesprochene gesellschaftliche Übereinkunft gab, wie mit People of Color, Jüdinnen und Juden, Menschen mit Behinderung, (Ehe-)Frauen und Homosexuellen umzugehen sei. Erst infolge zunehmender Kontroversität und einer zunehmenden Intensität des Protestes der Betroffenen veränderten sich diese barbarischen Ansichten und Unterdrückungssysteme. Die Gesellschaftsfähigkeit der Diskriminierung bestimmter Gruppen ist im Regelfall auf das gedankenlose Handeln einer Majorität Gleichgesinnter zurückzuführen, nicht auf Monstren, sondern auf banale, ganz dem Zeitgeist folgende Mitmenschen mit „alltäglichen Fehlbarkeiten“. Was soll daran falsch sein, wenn sich die verschiedenen Opfergruppen dieser alltäglichen Grausamkeiten mit großer Lautstärke kollektiv dagegen zur Wehr setzen und sich dabei auf ihre auf-

gezwungene Identität berufen? Ist es ihr Problem, wenn Lieschen Müller und Wolfgang Sander pikiert sind, wenn man ihnen den Spiegel vorhält?

Sicher, bei ausschließlich jeder ehemals und aktuell diskriminierten Gruppe besteht die Gefahr der Essenzialisierung, das heißt die Fremdzuschreibungen werden zu Selbstbeschreibungen, werden mit Gefühlen des Stolzes auf die eigene Identität verbunden und im Extremfall folgt aus der Abwertung durch die Mehrheitsgesellschaft eine Abwertung der Mehrheitsgesellschaft. Aber gerade das versuchen jene, die heute unter das Label Identitätspolitik fallen, händeringend zu vermeiden. So mag man über das scheinbar immer länger werdende Akronym LGBTQIA+ (Lesbian, Gay, Bisexual, Transsexuell/Transgender, Queer, Intersexual, Asexual, sonstige Geschlechtsidentitäten) verwirrt sein. Letztlich ist es aber Ausdruck des Willens zu einer beneidenswerten Inklusivität, zu der die Mehrheitsgesellschaft offensichtlich nicht in der Lage ist, denn auch für sie steht das +.

VI. Fazit

All das zeigt, dass identitätspolitische Positionen, anders als von Sander behauptet, par excellence Themen einer modernen und dem Kontroversitätsgebot folgenden politischen Erwachsenenbildung sind. Dass einige engstirnige Vertreter:innen dieser Positionen keine anderen Ansichten als die eigenen akzeptieren, stimmt. Doch das gilt nicht für die große Mehrheit, die, wie andere diskriminierte Gruppen zuvor, nichts anderes verlangt, als die schrittweise Beendigung eines überkommenen, mittelalterlichen gesellschaftlichen Konsenses. Logisch, dass das der Mehrheitsgesellschaft nicht durchgehend gefällt. Bisherige Privilegien und Vorurteile einzugestehen, fällt nicht leicht. Erst recht dann nicht, wenn man die Tatsache, dass Diskriminierung zumeist auf „alltägliche menschliche Fehlbarkeiten“ zurückzuführen ist, als Entschuldigung und nicht als Aufforderung versteht, einen tiefen Blick in die eigene Seele zu werfen.

⁹ <https://www.spiegel.de/panorama/zwangssterilisation-in-den-usa-die-verdraengte-schanda-a-806709.html> (Aufruf: 31.05.2023).

¹⁰ https://www.focus.de/wissen/mensch/geschichte/meilensteine-der-frauenemanzipation-in-deutschland-frauentag-2012_id_2045108.html (Aufruf: 31.05.2023).

¹¹ <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/180263/1994-homosexualitaet-nicht-mehr-straftbar/> (Aufruf: 31.05.2023).

¹² <https://www.deutschlandfunk.de/gesetz-straftbarkeit-vergewaltigung-ehe-100.html> (Aufruf: 31.05.2023).

» schwerpunkt: Vorurteile – Vorwürfe – Verwerfungen

Christine Zeuner

Kontroversität neu wagen! 11

Welche Konsequenzen ergeben sich für die politische (Erwachsenen-)Bildung, wenn man davon ausgeht, dass sich ihr Gegenstand zumeist aus gesellschaftlichen und sozialen Konflikten ableitet? Konflikte sind allgegenwärtige soziale Phänomene, sie lösen Kontroversen aus. Der Beitrag mündet in einem Plädoyer, sich (wieder) mehr auf das Wagnis von Kontroversität in politischen Bildungsprozessen einzulassen.

Hans Jürgen Luibl

Protest – Politische Bildung, die auf der Straße stattfindet. 18

Proteste sind in Bewegung gekommen, mit offenem Ausgang. Sind sie Zeichen für gesellschaftliche Brüche und die Erosion klassischer Demokratie oder Anzeichen für einen Politikwandel? Und wie ist der Protest im Protestantismus verortet? Es entwickelt sich eine neue Protestkultur und damit die Frage, wie protestaffin Evangelische Erwachsenenbildung ist.

Thomas Geisen

Streit in der Migrationsgesellschaft.

Vom Kampf gegen Rassismus und um *multicultural conviviality* 23

Migrationsgesellschaften sind einem dynamischen Wandel unterworfen und darauf angewiesen, unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse auszubalancieren. Kampf ist die Form der Auseinandersetzung, mit der divergierende Interessen aufgegriffen und zum Ausgleich gebracht werden können. In den Kämpfen vollziehen sich individuelle und soziale Lernprozesse, die durch die Bereitstellung von Bildungsräumen gestärkt werden können.

Andreas Mayert

Politische Erwachsenenbildung und identitätspolitische Herausforderungen 28

In diesem Beitrag wird erläutert, warum Konflikte um identitätspolitische Positionen geradezu paradigmatisch dazu geeignet sind, in Veranstaltungen einer emanzipatorischen, gesellschaftskritischen, gesellschaftspolitisch aufgeschlossenen und nicht zuletzt dem Kontroversitätsgebot verpflichteten politischen Erwachsenenbildung thematisiert, debattiert und verhandelt zu werden.

Christian Kurzke

Eine Druck-Sache.

Politische Bildung in einer „rissigen“ gesellschaftlichen Situation – Beobachtungen aus Sachsen 33

Der Beitrag trägt Beobachtungen zur politischen Bildung in Sachsen zusammen, skizziert ein herausforderndes Umfeld und eröffnet Umgangsweisen. Ausgangspunkt ist eine politische Bildungslandschaft, die unter gesellschaftlichem Druck steht, die Demokratie zu stärken, und deren Arbeit zugleich durch demokratieskeptische und -feindliche Entwicklungen erschwert wird.

» editorial

Steffen Kleint

Liebe Leserin, lieber Leser, ... 3

» aus der praxis

Florian Wenzel & Christian Boeser

Wie sich Populismus auf dem Land begegnen lässt

Das Projekt „Dorfgespräch! Für eine Dorferneuerung in den Köpfen“ 6

» europa

Lara Buchholz

Kompetenzen des 21. Jahrhunderts: Schlüsselqualifikationen für eine sich wandelnde Welt 8

» jesus – was läuft?

Hans Jürgen Luibl

Die Himmelhochstapler 9

» einblicke

Wolfgang Müller-Commichau

Meinungsbildungsprozesse in der Erwachsenenbildung fußen auf wechselseitiger Anerkennung 37

Gina Buchwald-Chassée, Manfred Riegger & Wolfgang Müller-Commichau

Nachgefragt: Expertengespräch zum Thema Anerkennung in der Bildungspraxis 40

» grundbildung

Jana Trumann

Was bedeutet Grundbildung? Rahmungen für die evangelische Erwachsenen- und Familienbildung 41

» service

Filmtipps 42

Publikationen 43

Veranstaltungstipps 51

Impressum 54



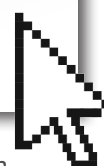
Mehr **forum erwachsenenbildung**?

Hat dieser Artikel Ihnen gefallen?

Wenn Sie regelmäßig über Bildung im Lebenslauf aus wissenschaftlicher, praxisnaher, bildungspolitischer und evangelischer Perspektive informiert werden möchten, abonnieren Sie **forum erwachsenenbildung**:

Abo bestellen Print oder online

(öffnet eine E-Mail-Vorlage an info@waxmann.com)



- Print:** 4 Ausgaben pro Jahr, Jahresabo 27,50 € zzgl. Versandkosten, inkl. Online-Zugang (freier Zugriff auf alle Ausgaben ab 2015)
- Online:** 4 Ausgaben pro Jahr (PDF), Jahresabo 20,- € (freier Zugriff auf alle Ausgaben ab 2015)



www.waxmann.com/forumerwachsenenbildung

DEAE WAXMANN